

Mehrheit der Deutschen fordert radikale Veränderungen im Asylrecht!

Civey-Umfrage zeigt: 59% der Deutschen favorisieren Abschaffung des Asylrechts und kritisieren aktuelle Flüchtlingspolitik.

Deutschland - In einer aktuellen Civey-Umfrage, die von **Freilich Magazin** veröffentlicht wurde, zeigt sich ein deutlicher Trend in der deutschen Bevölkerung hin zu einer restriktiveren Migrationspolitik. Rund 59 Prozent der deutschen Bürger sprechen sich für die Abschaffung des individuellen Asylrechts aus und unterstützen die Einführung eines jährlichen EU-Aufnahmekontingents. Nur 29 Prozent der Befragten sind gegen diese Maßnahme, während 12 Prozent unentschieden bleiben.

Das Umfrageergebnis offenbart auch eine signifikante politische Differenz: 79 Prozent der Unionswähler unterstützen den Vorschlag, im Gegensatz zu nur 34 Prozent der Wähler der SPD. Viele Deutsche zeigen sich besorgt über die Auswirkungen eines weiteren Flüchtlingszuzugs. So glauben 83 Prozent, dass die wachsende Zahl der Flüchtlinge Probleme auf dem Wohnungsmarkt, in der Sicherheit oder in den Sozialsystemen verursachen wird.

Aktuelle Ängste und politische Stimmung

In einer weiteren Umfrage, die von **Focus** veröffentlicht wurde, äußerten 74 Prozent der Befragten, dass Deutschland seit 2015 zu viele geflüchtete Menschen aufgenommen hat. 89 Prozent fordern dabei konsequente Abschiebungen von Zuwanderern ohne Aufenthaltsrecht. Diese Sorgen über die Zuwanderung

zeigen sich auch in der Haltung der Wähler: 99 Prozent der AfD-Wähler und 92 Prozent der CDU/CSU-Wähler stimmen der Aussage zu, dass Deutschland zu viele Flüchtlinge aufgenommen hat.

Darüber hinaus zeigen die Daten, dass 90 Prozent der Bundesbürger der Meinung sind, Deutschland sei schlecht auf einen weiteren Flüchtlingsstrom vorbereitet. Die Unzufriedenheit spiegelt sich in der politischen Stimmung wider: Die AfD liegt im aktuellen Insa-Bundestagswahlrend erstmals gleichauf mit der Union, wo beide Parteien 24 Prozent erreichen. Dies zeigt einen Zuwachs der AfD um einen Prozentpunkt, während die Union um zwei Prozentpunkte verliert.

Gesamtbewertung der Zuwanderung

Die Meinungen zu Zuwanderung sind stark polarisiert. 54 Prozent der Befragten bewerten diese als (eher) Problem, während 23 Prozent sie als Chance sehen. Eine klare Mehrheit, 49 Prozent, sieht Zuwanderung nicht als Bereicherung an. Zudem gaben 88 Prozent der Befragten an, dass bei der Einreise die Asylchancen an den EU-Außengrenzen geprüft werden sollten.

Der Druck auf die Regierung wächst, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Laut **Bundestag** findet die Wahrnehmung vieler Bürger über Zuwanderung und Asylrecht immer stärker Ausdruck in einer Forderung nach klarerem Handeln seitens der Politik. Der politische Diskurs über Migration könnte sich in den kommenden Monaten weiter intensivieren, insbesondere im Hinblick auf die wachsenden Sorgen der Bevölkerung.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.freilich-magazin.com• www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de